



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

01. April 2026

Sitzung des Bildungsausschuss am 07.04.2026

Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Schulabgänger:innen ohne Abschluss und Schulschwänzern

Vorlagen Nummer: VIII/2026/02481

TOP: 8.3

Antwort der Verwaltung:

1. Wie viele Einzelfallkonferenzen fanden durchschnittlich jährlich in den Vor-Corona-Jahren und wie viele fanden in den Jahren 2023 bis 2025 statt? Welche Rückschlüsse lassen sich aus den Zahlen ziehen?
2. Wie bewertet die Stadtverwaltung die hohe Anzahl der Schulabgänger:innen ohne Abschluss im Jahr 2024?
3. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation wurden bereits ergriffen? Inwiefern zeigen diese Maßnahmen bereits Wirkung bzw. welche Effekte werden perspektivisch erwartet?
4. Wie bewertet die Stadtverwaltung den Erfolg des Projektes „Produktives Lernen“ an den Schulstandorten Sekundarschule Halle-Süd, Gemeinschaftsschule „Heinrich Heine“ sowie Gemeinschaftsschule Kastanienallee?
5. Ist ein Ausbau oder eine Ausweitung dieser Lernform auf weitere Schulen geplant?
6. Wenn ja, ab wann? Wenn nein, aus welchen Gründen?
7. In welchem Umfang wird die von der Stadt angebotene schulpsychologische Beratung von Schüler:innen und deren Familien in Anspruch genommen? Kann die Stadtverwaltung hierzu konkrete Zahlen oder Entwicklungen der letzten Jahre vorlegen?
8. In welchem Umfang werden die Anlaufstellen sowie die Beratungsangebote des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) in diesem Zusammenhang genutzt? Liegen der Stadtverwaltung hierzu konkrete Zahlen oder Erkenntnisse über erreichte Wirkungen vor?
9. Wie hat sich die Zahl der Schulverweigerer bzw. Schüler:innen mit erheblichen Fehlzeiten in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
10. Welche Hauptursachen für Schulverweigerung werden aus Sicht der Stadtverwaltung festgestellt (z.B. soziale Faktoren, psychische Belastungen, schulische Probleme)?
11. Wie erfolgt die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulverwaltung, Schulsozialarbeit und Jugendhilfe, wenn erste Hinweise auf Schulverweigerung auftreten?

Für die Beantwortung sind im Fachbereich Bildung Abstimmungsprozesse zwischen mehreren Abteilungen sowie die Abstimmung mit dem Landesschulamt erforderlich. Eine abgestimmte Beantwortung der Anfrage zum 07.04.2026 ist aufgrund dessen zeitlich nicht möglich. Die Antwort der Stadtverwaltung erfolgt zum Bildungsausschuss am 05.05.2026

Katharina Brederlow
Beigeordnete